

Axel Salheiser,
Maria Alexopoulou,
Christian
Meier zu Verl,
Alexander Yendell
(Hg.)

*Die Grenzen des
Zusammenhalts*

Wie Inklusion
und Exklusion
zusammenhängen



Die Grenzen des Zusammenhalts

Gesellschaftlicher Zusammenhalt

Herausgegeben von Nicole Deitelhoff, Olaf Groh-Samberg und Matthias Middell für das Forschungsinstitut Gesellschaftlicher Zusammenhalt (FGZ)

Das Forschungsinstitut Gesellschaftlicher Zusammenhalt (FGZ) erforscht Begriff und Konzeptionen, Quellen und Gefährdungen, Folgen und Wirkungen sowie historische, globale und regionale Kontexte gesellschaftlichen Zusammenhalts aus einer Vielzahl disziplinärer Perspektiven und methodischer Zugänge. Das FGZ wird als ein Verbundprojekt seit Juni 2020 vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) gefördert und setzt sich aus elf Standorten in ganz Deutschland zusammen. Zum Verbund gehören die Technische Universität Berlin, die Universitäten Bielefeld, Bremen, Frankfurt, Halle-Wittenberg, Hannover, Konstanz und Leipzig sowie das Soziologische Forschungsinstitut Göttingen, das Leibniz-Institut für Medienforschung Hamburg und das Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft Jena.

Die Forschung des Verbundprojekts ist transferorientiert und zielt darauf, in einem dialogischen Austausch mit der Öffentlichkeit Fragestellungen und Wissensbestände aus der Gesellschaft aufzunehmen und ihrerseits begriffliche Einordnung, evidenzbasierte Deutungsangebote, praxisrelevantes Orientierungswissen sowie politische Handlungsempfehlungen zu Fragen des gesellschaftlichen Zusammenhalts anzubieten.

Die Schriftenreihe im Campus Verlag präsentiert zentrale Impulse und Forschungsergebnisse aus dem FGZ und richtet sich an eine breite gesellschaftliche Zielgruppe aus Wissenschaft, Politik und interessierter Öffentlichkeit. Die Bände der Schriftenreihe geben Antworten auf die Frage, wie sich gesellschaftlicher Zusammenhalt und seine Einflussfaktoren fassen und empirisch messen oder beschreiben lassen und welche Schlussfolgerungen sich daraus für Politik und Gesellschaft ziehen lassen. Zudem diskutieren sie, an welchen Stellen das Konzept des Zusammenhalts und die damit gefassten gesellschaftlichen Verhältnisse zu kritisieren sind, und was sich dazu im historischen und globalen Vergleich erfahren lässt.

Band 4

Axel Saltheiser ist promovierter Soziologe, seit 2019 wissenschaftlicher Referent am Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft (IDZ) Jena und seit Februar 2022 dessen wissenschaftlicher Leiter. *Maria Alexopoulou* ist habilitierte Historikerin; sie ist wissenschaftliche Mitarbeiterin und Projektleiterin am FGZ-Standort Berlin. *Christian Meier zu Verl* ist promovierter Soziologe. Er ist wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Arbeitsgruppe »Allgemeine Soziologie und Kulturosoziologie« an der Universität Konstanz und Mitglied des »Forschungsinstituts Gesellschaftlicher Zusammenhalt«. *Alexander Yendell* ist promovierter Soziologe und forscht am Forschungsinstitut Gesellschaftlicher Zusammenhalt.

Axel Salheiser, Maria Alexopoulou,
Christian Meier zu Verl, Alexander Yendell (Hg.)

Die Grenzen des Zusammenhalts

Wie Inklusion und Exklusion zusammenhängen

Campus Verlag
Frankfurt/New York

GEFÖRDERT VOM



Bundesministerium
für Bildung
und Forschung

ISBN 978-3-593-51816-9 Print

ISBN 978-3-593-45581-5 E-Book (PDF)

ISBN 978-3-593-45580-8 E-Book (EPUB)

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Trotz sorgfältiger inhaltlicher Kontrolle übernehmen wir keine Haftung für die Inhalte externer Links. Für den Inhalt der verlinkten Seiten sind ausschließlich deren Betreiber verantwortlich.

Copyright © 2024. Alle Rechte bei Campus Verlag GmbH, Frankfurt am Main.

Umschlaggestaltung: Campus Verlag GmbH, Frankfurt am Main.

Satz: le-tex xerif

Gesetzt aus der Alegreya

Druck und Bindung: Beltz Grafische Betriebe GmbH, Bad Langensalza

Beltz Grafische Betriebe ist ein klimaneutrales Unternehmen (ID 15985–2104-1001).

Printed in Germany

www.campus.de

Inhalt

Vorwort	7
Die Grenzen des Zusammenhalts – Eine Einleitung	9
<i>Maria Alexopoulou, Christian Meier zu Verl, Axel Salheiser und Alexander Yendell</i>	
Rechtsextreme und rassistische Einstellungen im Kontext von Radikalisierung und Co-Radikalisierung am Beispiel Österreichs	19
<i>Alexander Yendell</i>	
Populismus als gruppenbasierte Kontrolle: Eine psychologische Perspektive .	41
<i>Immo Fritsche, Annedore Hoppe, Helena Pauen und Tabea Falk</i>	
Von enttäuschten Demokrat:innen zur Bedrohung der Demokratie – Antidemokratische Tendenzen am Beispiel einer Gruppendiskussion	61
<i>Julia Schuler, Henriette Rodemerk und Oliver Decker</i>	
Feindliches Klima: Die Gefährdung des demokratischen Zusammenhalts am Beispiel des Anti-Windkraft-Diskurses	79
<i>Janine Patz, Noah Marschner, Christoph Richter und Axel Salheiser</i>	
Die Melange von Rechtspopulismus und antimuslimischem Rassismus als Bedrohung des gesellschaftlichen Zusammenhalts	101
<i>Gert Pickel</i>	
Verdrängung oder Mobilisierung? Eine vergleichende Analyse zur Auswirkung der Protestbewegungen Pegida, Legida und Stuttgart 21 auf urbane Protestaktivitäten	119
<i>Larissa Meier, Jan Matti Dollbaum, Priska Daphi und Sebastian Haunss</i>	
Anschluss im Ausschluss? Zur Formierung von exklusiver Anschlusskommunikation in sozialen Medien	137
<i>Steffen Krämer und Isabell Otto</i>	

Aspekte der digitalen Erfahrung und des Antisemitismus	153
<i>Yael Kupferberg</i>	
Schreckensbild Identitätspolitik? Engagement in Selbstorganisationen im Spannungsfeld zwischen Emanzipation und Stigmatisierung	169
<i>Amani Ashour und Janine Dieckmann</i>	
Postmigrantischer Alltag – Wissen und Interaktion als Grundlagen des Zusammenhalts in der Einwanderungsgesellschaft	189
<i>Christian Meier zu Verl, Baha Ocak, Tekin Yasar und Christian Meyer</i>	
»Wir schaffen hier sozialen Frieden« – Konflikt- und Krisendynamiken in zwei deutschen Kommunen seit dem langen Sommer der Migration 2015 ...	221
<i>Ines Grau</i>	
Einwanderung und Zusammenhalt – Ein historiografischer Essay	237
<i>Maria Alexopoulou</i>	
Autor:innen	255

Vorwort

Dieser Sammelband ist das Produkt interdisziplinärer Zusammenarbeit und zwar in doppelter Hinsicht: Erstens enthält er Beiträge von Wissenschaftler:innen verschiedener Disziplinen, die sich mit ihrem jeweiligen methodischen Instrumentarium mit unterschiedlichen sozial- und kulturwissenschaftlichen Dimensionen gesellschaftlichen Zusammenhalts befassen. Sie alle gehören dem durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) geförderten Forschungsinstitut Gesellschaftlicher Zusammenhalt (FGZ) an, welches an elf Standorten in Deutschland interdisziplinär, multiparadigmatisch und methodenvielfältig Verständnisse und Formen gesellschaftlichen Zusammenhalts erforscht und Faktoren analysiert, die ihn befördern, stabilisieren oder erschüttern und seine Ausprägungen und Wirkungen bestimmen. Zweitens repräsentieren wir als Herausgeber:innen und dieser Sammelband die Vielfalt des FGZ, weil hier die Disziplinen Soziologie, Politikwissenschaft, Geschichtswissenschaft und (Sozial-)Psychologie auf den gesellschaftlichen Zusammenhalt blicken.

Dieser Sammelband wäre ohne weitere Mithilfe und Unterstützung nicht möglich gewesen. Besonderer Dank gilt den Mitarbeiter:innen des Campus-Verlages, Sarah Lempp (FGZ) und Mathias Rodatz (ehemals FGZ) für die Betreuung der Publikation, Kathrin Renz, Jara Urban, Dominique Guillaume und Jörg Scheffler (IDZ Jena) für die Durchsicht der Manuskripte sowie Cengiz Barskanmaz, Steffen Beigang, Maurits Heumann, Viktoria Kamuf, Martina Keilbach, Johannes Klein, Piotr Kocyba, Alexander Leistner, Jonas Rees, Stefanie Schüler-Springorum, Ajit Singh, Anne Stöcker und Christian Helge Peters, die mit ihren Gutachten zur Verbesserung der Beiträge maßgeblich beigetragen haben.

Jena, Berlin, Konstanz und Leipzig, im August 2023

Axel Salheiser, Maria Alexopoulou, Christian Meier zu Verl und Alexander Yendell

Die Grenzen des Zusammenhalts – Eine Einleitung

*Maria Alexopoulou, Christian Meier zu Verl, Axel Salheiser und
Alexander Yendell*

Abstract

In diesem Band geht es um die Kräfte, die den gesellschaftlichen Zusammenhalt herausfordern: polarisierend wirkende Themen wie Migration, Diversität, sozio-ökonomischer und demografischer Wandel, Klimapolitik, aber auch (Rechts-)Populismus und Rechtsextremismus, politische Radikalisierung und Rassismus. Indem der Band die Grenzen des Zusammenhalts thematisiert, werden sowohl die Möglichkeiten, Bedingungen und Mechanismen erfasst, die Zusammenhalt erzeugen, als auch jene Phänomene, die ihn gefährden, weil sie zu Destabilisierung, Polarisierung oder Radikalisierung führen können. Die einzelnen Forschungsarbeiten zeigen theoriegeleitet sowie empirisch fundiert wie Inklusion und Exklusion in unserer Gesellschaft zusammenhängen und wie sie diese fundamental prägen. Die Praktiken des Zusammenhalts, seien sie inkludierend oder exkludierend, modulieren dabei nicht nur das gesellschaftliche Leben, das Selbstbild und die Selbstrepräsentation der Gesellschaft, sondern bestimmen auch die Verteilung von Ressourcen. Hervorgegangen sind die vorliegenden Beiträge zum Forschungsfeld »Inklusion, Exklusion und Populismus« aus dem vom Bundesministerium für Bildung und Forschung geförderten Forschungsinstitut Gesellschaftlicher Zusammenhalt (FGZ). Der Sammelband repräsentiert die Vielfalt des FGZ, weil mit diesem Band die Disziplinen Soziologie, Politikwissenschaft, Geschichtswissenschaft und (Sozial-)Psychologie auf den gesellschaftlichen Zusammenhalt gegenwärtiger und vergangener Gesellschaften blicken.

Keywords: gesellschaftlicher Zusammenhalt; Inklusion; Exklusion; Migration; Rassismus

Ein wichtiger und fast banal wirkender Aspekt gesellschaftlichen Zusammenhalts ist die Zugehörigkeit zu und Identifikation mit einer bestimmten Gesellschaft. Während beispielsweise Liberale eher eine heterogene und plurale Gesellschaft befürworten, definieren Rechtspopulist:innen Gesellschaft meist aus einem nativistischen Verständnis heraus. Die verschiedenen Positionen wirken sich auf das Binnenverhältnis der verschiedenen sozialen Gruppen aus und bestimmen den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Zeiten von wachsendem Rechtspopulismus und Rechtsextremismus sind davon geprägt, dass bestimmten Themenfeldern eine besondere Polarisierungskraft zukommt, wie aktuell den Themen Migration, Diversität, sozioökonomischer und demografischer Strukturwandel sowie der Klimapolitik. Es stellt sich die Frage, welche Bedeutung soziale Einschlüsse und Ausschlüsse für Zusammenhalt angesichts von Polarisierungen und Spaltungen in einer Gesellschaft haben und welche Bedingungen, Mechanismen und Faktoren dabei wirken.

In diesem Kontext liegt es in der Tradition der Sozial- und Kulturwissenschaften über Konzepte der Differenz, Ungleichheit und Intersektionalität nachzudenken. Dieser Band versammelt Beiträge, die dies in Bezug auf den Zusammenhalt in der Gesellschaft tun. Die Beiträge verfolgen das Ziel, gesellschaftlichen Zusammenhalt als normatives oder analytisches Konzept zu beschreiben, indem sie die Grenzen des Zusammenhalts thematisieren, um sowohl die Möglichkeiten, Bedingungen und Mechanismen zu erfassen, die Zusammenhalt erzeugen, als auch jene Phänomene, die ihn gefährden, weil sie zu Destabilisierung, Polarisierung oder Radikalisierung führen können.

Der interdisziplinäre Band bündelt Forschungsarbeiten des Forschungsinstituts Gesellschaftlicher Zusammenhalt (FGZ), die sich gerade mit diesen »Grenzregionen« des Zusammenhalts befassen. Die Zusammenschau soll die gesellschaftlichen Praktiken des Zusammenhalts und dessen Gefährdung in ihrer Breite, Gerichtetheit und Verflochtenheit versteh- und erklärbar machen. Die einzelnen Forschungsarbeiten zeigen theoriegeleitet sowie empirisch fundiert, wie Inklusion und Exklusion in unserer Gesellschaft zusammenhängen und wie sie diese fundamental prägen. Die Praktiken des Zusammenhalts, seien sie inkludierend oder exkludierend, modulieren dabei nicht nur das gesellschaftliche Leben, das Selbstbild und die Selbstrepräsentation der Gesellschaft, sondern bestimmen auch die Verteilung von Ressourcen.

Hervorgegangen sind die Beiträge dieses Bandes aus Forschungsarbeiten im Rahmen des Forschungsfeldes »Inklusion, Exklusion und Populismus« des FGZ in der Förderperiode 2020–2024. Die beteiligten Forscher:innen und Autor:innen vereint, dass sie die komplexen und ambivalenten Logiken der Genese und der Erosion gesellschaftlichen Zusammenhalts mit einem Fokus auf spezifische aktuelle Konflikt- und Krisendynamiken verbinden. Die Integration von modernen Gesell-

schaften war und ist wesentlich an formelle und informelle Aushandlungsprozesse geknüpft. Deren Ausgang ist unbestimmt und unter gewissen Umständen – mit Hinblick auf konkurrierende normative Postulate – prekär bzw. riskant. Ihnen wohnt das Potenzial zur Konsensfindung und Befriedung, aber auch zur Polarisierung, Spaltung und Eskalation inne. Dabei sind die unterschiedlichen Wahrnehmungs- und Deutungsmuster, die Interessen, Werte, Zielvorstellungen, politische und religiöse Einstellungen und Partizipationschancen der Bevölkerungsmitglieder sowie deren darauf bezogene Handlungsorientierungen genauso relevant wie jene Diskurse und Prozesse, die in den Arenen der Politik und der medialen Öffentlichkeit stattfinden und zur kollektiven Willensbildung und Herstellung bindender Entscheidungen beitragen. Den allgemeinen Rahmen geben dabei zentrale normative Kategorien vor, die mit Legitimation und Akzeptanz assoziiert werden.

Historisch als kontrovers und polarisierend markierte Themenfelder wie Migration, Diversität, sozioökonomischer und demografischer Strukturwandel, Klimapolitik sowie die darauf reagierenden und damit den Zusammenhalt gefährdenden Entwicklungen durch (Rechts-)Populismus und Rechtsextremismus, politische Radikalisierung, Antisemitismus, Islamfeindlichkeit und Rassismus stehen in diesem Forschungsfeld im Vordergrund – unter anderem in historisch und international vergleichenden Analysen. Im Sammelband werden dazu theoretische und empirische Forschungsergebnisse der Teilprojekte gebündelt.

Der Band ist in drei Teile gegliedert: 1. Rechtspopulismus und gesellschaftlicher Zusammenhalt, 2. Medialität und gesellschaftlicher Zusammenhalt sowie 3. Die Einwanderungsgesellschaft Deutschland und der gesellschaftliche Zusammenhalt. Die Beiträge fokussieren die Bedeutung sozialer Einschlüsse und Ausschlüsse für Zusammenhalt oder Spaltung in der Gesellschaft mit einem Schwerpunkt auf die (Post-)Migrationsthematik.

Im ersten Beitrag untersucht Alexander Yendell rechtsextreme und rassistische Einstellungen und deren Kontextfaktoren am Beispiel Österreichs, wo die Rechtsextremismus- und Rassismusforschung noch in den Kinderschuhen steckt. Als Grundlage dienen die Daten einer repräsentativen Online-Umfrage zu »Rechtsextremismus und Rassismus in Österreich« mit eintausend Befragten. Der Autor diskutiert das Erklärungspotenzial verschiedener theoretischer Konzepte aus der Rechtsextremismusforschung, wie Autoritarismus und damit zusammenhängende Persönlichkeitsmerkmale wie Narzissmus, Sadismus sowie Verschwörungsmentalität, soziale Dominanzorientierung und die Kontakthypothese. Außerdem wird auf die Rolle der Medien und deren Nutzung eingegangen sowie auf die Dynamiken der Co-Radikalisierung im Kontext von Rechtsextremismus und dem islamistischen Terroranschlag in Wien im November 2020. Die Ergebnisse zeigen, dass geschlossene rechtsextreme Weltbilder in der österreichischen Bevölkerung

zwar selten, aber negative Einstellungen gegenüber Muslim:innen sehr verbreitet sind. Yendells Analysen belegen, dass soziale Dominanzorientierung im Zusammenhang mit Rechtsextremismus, Islamfeindlichkeit und Rassismus steht. Der Einfluss von Mediennutzung hingegen ist eher gering. Zudem kann festgestellt werden, dass der islamistische Terroranschlag in Wien einen starken Einfluss auf die Legitimierung von islamfeindlichen Einstellungen hat. Im abschließenden Teil des Beitrags werden vor dem Hintergrund dieser Befunde Implikationen für den politischen Umgang mit Rechtsextremismus und Rassismus diskutiert und die damit verbundenen Herausforderungen für den gesellschaftlichen Zusammenhalt in den Blick genommen.

Immo Fritsche, Annedore Hoppe, Helena Pauen und Tabea Falk diskutieren im zweiten Beitrag das Phänomen des Populismus aus der Perspektive sozialpsychologischer Forschung. Ihrer These nach haben populistische Bewegungen und populistische Politik vor allem deshalb Konjunktur in gesellschaftlichen Krisenzeiten, weil sie den Adressat:innen und Anhänger:innen die Herstellung gruppenbasierter Kontrolle verheißen und das Gefühl kollektiver Selbstwirksamkeit erzeugen. Die Autor:innen argumentieren dafür, populistisches Denken und die Attraktivität populistischer Bewegungen als Ausdruck des menschlichen Bedürfnisses nach Kontrolle und Handlungsfähigkeit zu verstehen. Denn populistische Programme konstruieren eine (scheinbar) hoch inklusive soziale Gruppe (»das Volk«) als handlungsfähige Entität. Die Mitgliedschaft in solchen Gruppen und das Handeln als Gruppenmitglied helfen Menschen dabei, ihre subjektive Handlungsfähigkeit aufrecht zu erhalten oder – nach Bedrohung persönlicher Kontrollwahrnehmungen – diese wiederherzustellen. So lässt sich erklären, weshalb populistisches Denken gerade in Krisenzeiten für Menschen attraktiver wird. Im Beitrag führen die Autor:innen zunächst in die psychologische Populismusforschung sowie die Arbeiten zu ethnozentrischen Bedrohungsreaktionen ein, bevor sie auf Grundlage der Theorie gruppenbasierter Kontrolle und erster empirischer Befunde die kontrollierhaltende Funktion populistischer Einstellungen und populistisch definierter Gruppenzugehörigkeit herausstellen. Abschließend konstatieren die Autor:innen, dass eine im Populismus postulierte größtmögliche Homogenität und Gleichförmigkeit von Meinungen und Interessen mit demokratischer Praxis unvereinbar sei. Vielmehr stelle sich die Herausforderung, gerade auf der Grundlage von Diversität und Differenz gemeinschaftliche Handlungsfähigkeit und gruppenbasierte Kontrolle – und damit Formen demokratischen Zusammenhalts – zu schaffen.

Der dritte Beitrag handelt von »enttäuschten Demokrat:innen« und den antidemokratischen Tendenzen, die sich in deren politischem Entfremdungserleben und in ihren Deutungen gesellschaftlicher Entwicklungen erkennen lassen. Julia Schuler, Henriette Rodemerk und Oliver Decker zeigen entlang eines Fallbeispiels auf, wie sich bei wahrgenommener fehlender Repräsentation, eingeschränkter

Partizipationsmöglichkeiten und Vertrauensverlust in die Demokratie eine Abwendung vom politischen Repräsentationsprinzip vollziehen kann. Dafür wird die Diskussionsrunde dreier Berliner Bürger:innen vorgestellt, welche im Rahmen des »Berlin-Monitors« 2019 erhoben wurde. Entlang von fünf Topoi werden die Befunde sozialpsychologisch eingeordnet. Die Autor:innen gehen mit ihren Analysen der aktuell drängenden Frage nach, wie und weshalb sich Menschen in gesellschaftlichen Krisen (und Krisendiskursen) von der repräsentativen Demokratie abwenden und populistische sowie antidemokratische Positionen übernehmen. Das Bemerkenswerte an den Äußerungen der Teilnehmenden der Gruppendiskussion im Fallbeispiel ist, dass sich diese dezidiert von »Rechts« abgrenzen, aber ihre Forderungen nach direkter Durchsetzung des Volkswillens, autoritärem Durchgreifen und ethnozentrischen Ausschlüssen dennoch antidemokratisches, rechtspopulistisches Denken offenbaren.

Im vierten Beitrag stellen Janine Patz, Noah Marschner, Christoph Richter und Axel Salheiser Befunde zur Gefährdung des demokratischen Zusammenhalts im Kontext der umstrittenen Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen vor. Am Beispiel der Energiewende widmet sich der Beitrag der Anschlussfähigkeit (extrem) rechter, »klimaschutzregressiver« Positionen zur populistischen Abwehr von Klimaschutzpolitik und grundlegenden demokratischen Prinzipien. Die Analyse der Online-Kommunikation zur Windkraft im Sommer 2022 offenbart, dass derartige Argumentationen jenseits des rechten, verschwörungsideologischen Spektrums geteilt werden. Zu diesem Zeitpunkt waren drei Brückennarrative besonders deutungsmächtig: die Konstruktion eines angeblichen Gegensatzes von Klimaschutz und Naturschutz, ein vermeintlich bevorstehender Blackout und ein verschwörungsideologisches Feindbild grüner Politik. Diese Narrative, so die Autor:innen, nahmen schnell Einfluss auf den gesamtgesellschaftlichen Diskurs und erlangten Gestaltungsmacht. Dabei gefährden die Reproduktion und Normalisierung rechter, klimaschutzregressiver Positionen nicht nur die Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen: Sie lassen auch den demokratischen Konsens zunehmend fragil erscheinen.

Gert Pickel zeigt im fünften Beitrag auf, dass die Melange von Rechtspopulismus und antimuslimischem Rassismus eine Bedrohung des gesellschaftlichen Zusammenhalts darstellt. Der Autor konstatiert, dass antimuslimische Einstellungen in Deutschland genauso wenig neu sind wie ihre Instrumentalisierung. Neu ist jedoch das Ausmaß der Erfolge durch rechtspopulistische Parteien. Sie schaffen es gerade durch die Konzentration auf antimuslimische Äußerungen, über den rechtsextremen Kern hinaus zu mobilisieren. Dabei – dies zeigen die empirischen Analysen des Beitrages – wirkt sich die Zugehörigkeit zur Wählerschaft der AfD auch ungünstig auf den gesellschaftlichen Zusammenhalt aus. Antimuslimische Einstellungen und Rassismus sowie Antifeminismus erweisen sich als die zentra-

len Brückenkonstruktionen rechter Ideologie zu breiten Bevölkerungsteilen und gleichzeitig als Ausdruck und Prägefaktor eines zerfallenden demokratischen Zusammenhalts.

Im zweiten Teil und sechsten Beitrag des Sammelbandes legen Larissa Meier, Jan Matti Dollbaum, Priska Daphi und Sebastian Haunss eine vergleichende Analyse zur Auswirkung der Protestbewegungen Pegida, Legida und Stuttgart 21 auf urbane Protestaktivitäten vor. Sie untersuchen, ob mobilisierungsstarke Bewegungen den gewöhnlichen städtischen Protest verdrängen oder ihn umgekehrt sogar befördern. Aus der sozialen Bewegungsforschung lassen sich unterschiedliche Erwartungen dazu ableiten: Die Protestzyklusthese lässt eher eine mobilisierende Wirkung erwarten, wohingegen die Forschung zur Monopolisierung der Medianaufmerksamkeit durch große Proteste eher einen Verdrängungseffekt nahelegt. Eine dritte Hypothese schließlich postuliert, dass der mobilisierende Effekt thematisch konzentriert bleibt. Eigens erhobene Protestereignisdaten aus den drei Städten erlauben den Autor:innen einen Vergleich des Protestaufkommens vor und nach Beginn der drei Bewegungen. In den beiden sächsischen Städten finden sie einen deutlichen mobilisierenden Effekt, der in Leipzig größtenteils auf die unmittelbaren Gegenproteste beschränkt bleibt und nur in Dresden darüber hinaus geht. In Stuttgart gibt es dagegen deutliche Anzeichen für einen Verdrängungseffekt. Die Autor:innen schließen daraus, dass zu einer Untersuchung der Effekte großer Protestwellen auf die allgemeine urbane Protestlandschaft eine thematische Differenzierung gehört.

Im siebten Beitrag diskutieren Isabell Otto und Steffen Krämer die These, dass es in sozialen Medien zu entfesselter Kommunikation komme und zwar aufgrund einer besonderen Sichtbarkeit von Dissens und Negation, nachlassender latenter Selbsteinschränkung und immerwährender Anschlusskommunikation. Dabei konzentrieren sich die Autor:innen beispielhaft auf den Mikroblogging-Dienst Twitter (inzwischen X) und die dort und in anderen sozialen Netzwerken weitverbreitete Praxis des Blockens, wodurch Nutzer:innen die Lese- und Kommentierrechte anderer Nutzer:innen einschränken können. Die Verwendung der Blockfunktion findet nicht nur im Stillen statt, sondern wird von Nutzer:innen auch umfassend dokumentiert und kontrovers kommentiert. Diese Handlungen bestechen dadurch, dass sie zwischen kommunikativem Ausschluss und Anschluss balancieren, indem sie das Aufkündigen von Interaktionsmöglichkeiten als Ressource für weitere Kommunikation verwenden. Mit ihrem Beitrag fokussieren Otto und Krämer die Plattformangebote (Affordanzen) und medialen Praktiken wie zum Beispiel Adressierungs- und Profilierungspraktiken, die den Diskurs über das Blocken auf Twitter strukturieren und in Rituale öffentlicher Positionierung überführen. Hier zeigt sich, wie stark digitale Kommunikationspraktiken

mit aktuellen Fragen gesellschaftlicher Polarisierung verbunden sind und durch welche Mechanismen dies konkret beeinflusst wird.

Im achten Beitrag befasst sich Yael Kupferberg mit Aspekten der »digitalen Erfahrung« und des Antisemitismus. Antisemitismus aktualisiert und modifiziert seine Erscheinungsformen – dies ist ein wesentlicher Befund der Antisemitismusforschung. Vor diesem Hintergrund nimmt die Autorin aus kulturwissenschaftlicher Perspektive die gegenwärtige Digitalität in den Blick und thematisiert den Zusammenhang von digitaler Erfahrung und Antisemitismus. Dabei zeigt sich, dass die bildhaft gestützte digitale Kommunikation sowohl Möglichkeiten einer vor allem scheinhaften affektiven Erfahrung und Entgrenzung schafft und gleichzeitig Entfremdung, Frustration und Antisemitismus fördert – und dies nicht allein inhaltlich, sondern in der spezifisch digital geprägten Beziehung zwischen Subjekt und Subjekt bzw. Objekt herstellt. Diese neuere, kommunikativ-bildhafte Praxis, so Kupferbergs These, stellt eine neue Öffentlichkeit her, die nicht deliberativ ist, sondern vielmehr in der spezifischen bzw. selbstreferenziellen diskursiven Praxis die demokratische Gesellschaft und deren Zusammenhalt verändert bzw. potenziell gefährdet.

Der dritte Teil des Sammelbands beginnt mit dem Beitrag von Amani Ashour und Janine Dieckmann. Die Autorinnen setzen sich kritisch mit dem »Schreckensbild Identitätspolitik« auseinander, das den politischen Diskurs und mediale Debatten in Deutschland seit geraumer Zeit prägt. Sie verorten Identitätspolitik im Spannungsverhältnis zwischen Emanzipation und Stigmatisierung und werfen einen kritisch-analytischen Blick auf den häufig vernehmbaren Vorwurf der Zusammenhaltsgefährdung, der insbesondere gegenüber Bestrebungen der demokratischen Emanzipation gesellschaftlich marginalisierter Gruppen und deren Selbstorganisationen erhoben wird. Dabei ist einerseits auffällig, dass der immer gegebene biografische Selbstbezug von Engagement nur im Engagement von als »divers« gelesenen Gruppen als partikular und selbstbezogen – das heißt in einem negativen Sinne als identitätspolitisch – thematisiert wird, während derselbe Bezug im Engagement der Mitglieder der Dominanzgesellschaft unsichtbar bleibt und als legitimer Beitrag zum Gemeinwohl verstanden wird. Andererseits argumentieren die Autorinnen, dass nicht identitätspolitisches Engagement den Zusammenhalt gefährde, sondern vielmehr der Umgang mit dieser Form des Engagements, also die abwehrenden und abwertenden Reaktionen der Dominanzgesellschaft darauf.

Christian Meier zu Verl, Baha Ocak, Tekin Yasar und Christian Meyer stellen im zehnten Beitrag die Befunde ihrer wissenssoziologischen Studie zum postmigrantischen Alltag von Familien mit Migrationsgeschichte vor. Sie thematisieren damit die Grundlagen des Zusammenhalts in der Einwanderungsgesellschaft, deren soziale Verhältnisse durch Prozesse sozio-kultureller Pluralisierung nachhaltig verändert werden. Diese Verhältnisse zeichnen sich aus der Perspektive der Au-

toren unter anderem durch einen neuen reflexiven Umgang mit Kultur und kultureller Differenz aus, ein neues kulturelles Know-how, das in diesem Aufsatz als postmigrantisches Wissen bezeichnet wird. Postmigrantisches Wissen lässt sich in alltäglichen und institutionellen Interaktionen aller Mitglieder der Gesellschaft beobachten und bleibt nicht auf eine besondere soziologische Form der Reflexion sozialer Verhältnisse beschränkt. Die Autoren untersuchen in ihrer Studie alltägliche Interaktionen, in denen Mitglieder der Gesellschaft – insbesondere die Mitglieder einer Familie mit Migrationsgeschichte – postmigrantisches Wissen als reflexives Wissen über den Umgang mit kulturellen Differenzen hervorbringen, vermitteln und weiterführen. Dabei zeichnen sich neue postmigrantische Wissensbestände innerhalb der Einwanderungsgesellschaft ab, die über das subjektive Erleben und Handeln von einzelnen Mitgliedern mit Migrationsgeschichte hinausgehen und neue Formen der Vergesellschaftung und des Zusammenhalts ermöglichen. Die Autoren können mit ihrer empirischen Studie zeigen, dass die Grenzen des gesellschaftlichen Zusammenhalts durch die Art und Weise des reflexiven Umgangs mit kulturellen Differenzen bestimmt werden.

Im elften Beitrag diskutiert Ines Grau die Konflikt- und Krisendynamiken in zwei deutschen Kommunen seit »dem langen Sommer der Migration« (2015). Im Rahmen einer qualitativen Feldforschung in Jena (Thüringen) und Konstanz (Baden-Württemberg) führte die Autorin teilstrukturierte narrative Interviews mit unterschiedlichen Akteur:innen mit und ohne Fluchtgeschichte. In den erhobenen Erzählungen verdichten sich lebenswelt- und alltagsnahe, im praktischen Handeln und im persönlichen Erleben verankerte Erfahrungen. Auf dieser empirischen Grundlage und ergänzt um weitere Dokumente rekonstruiert Grau das Feld der Geflüchtetenarbeit seit 2014/15 in beiden Kommunen in seiner Vielstimmigkeit, Kontingenz und sozialräumlichen Einbettung. Der Beitrag leuchtet aus, wie und welche Allianzen und Praktiken sich herausbildeten, wie konflikthafte Situationen gestaltet wurden sowie welche Formen der kollektiven Aushandlung sich dabei unter welchen Rahmenbedingungen etablierten. Schließlich wird über das Eingewobensein dieses Tableaus in lokale gesellschaftspolitische Dynamiken reflektiert. Denn Handelnde nehmen kollektive Herausforderungen wie die Ankunft Geflüchteter in den Kommunen auch vermittelt über lokal verankerte Narrative und Handlungsformen wahr, die zumeist unter dem Radar der medial vermittelten gesellschaftlichen Öffentlichkeit laufen – wie beispielsweise Praktiken des Kirchenasyls, der zivilgesellschaftlichen Mobilisierung für Geflüchtetenrechte oder gegen Rechtsextremismus.

Der zwölfte und letzte Beitrag des Bandes, ein historiografischer Essay von Maria Alexopoulou, thematisiert den in der langen Dauer wirksamen Widerwillen gegen Einwanderung und dessen multiple Folgen auf die deutsche Gesellschaft. Dieser Widerwille zeigt sich schon darin, dass die Verwendung des Konzepts selbst

lange Zeit gemieden wurde. Darüber hinaus manifestierte sich der Widerwille gegen Einwanderung in einem Geflecht rassialisierender und marginalisierender politischer und gesellschaftlicher Praktiken gegenüber »Migrationsanderen«. Die Autorin argumentiert, dass die vielfachen Asymmetrien, die sich im Gefolge der widerwilligen Transformation der Bundesrepublik zur Einwanderungsgesellschaft zwischen »Einheimischen« und Eingewanderten entwickelt haben, aus ihrer historischen Gewordenheit heraus zu reflektieren sind. Die Frage des gesellschaftlichen Zusammenhalts kann dabei nur aus der Erkenntnis der nachhaltigen Transformation durch Einwanderung adäquat gestellt werden. Erst, wenn sich allgemein das Bewusstsein durchsetzt, dass Deutschland keine herkunftshomogene Gesellschaft ist und das »deutsche Volk« – auch als politischer Souverän dieser Demokratie – nicht mehr nur aus jenen besteht, die in einer Kontinuität rassistischen Wissens als »Blutsdeutsche« gelten, kann auch die Einsicht wachsen, dass gesellschaftlicher Zusammenhalt in der Einwanderungsgesellschaft nicht mehr aus dem Integrations-/Inklusionsparadigma heraus gestaltet werden kann, sondern anderer Leitideen bedarf.

Die Beiträge greifen insgesamt zahlreiche Aspekte der folgenden Phänomenbereiche auf: Rechtsextremismus und Rechtspopulismus, Rassismus, politische Entfremdung und mangelndes Demokratievertrauen, Verschwörungsideologien und Klimaschutzmaßnahmen, politischer Protest und Mobilisierung, Kommunikation bzw. Abbruch von Kommunikation in digitalen Medien, Identitätspolitik, kulturelle Differenzen innerhalb sozialer Gruppen mit Migrationsgeschichte, »Flüchtlingskrise« und historisch gegebener Widerwillen gegen Einwanderung. Dabei beleuchten sie explizit die Grenzen des Zusammenhalts innerhalb einer modernen Gesellschaft, die vor dem Hintergrund zunehmender Pluralität und stark wirkender bzw. stark wahrgenommener Krisendynamiken Inklusion und Exklusion ständig verhandelt und dabei in Teilen die demokratischen Voraussetzungen für einen solchen Diskurs infrage stellt. Der vorliegende Sammelband wurde zu einem Zeitpunkt fertiggestellt, als die Alternative für Deutschland (AfD) Wahlerfolge auf kommunaler Ebene und wachsende Unterstützung in der Bevölkerung erzielte. Die verbindende Thematik, mit der sich die hier abgedruckten Texte befassen, sowie die Tiefenbohrungen, die sie in einzelnen Feldern leisten, machen sie deshalb gesellschaftspolitisch äußerst relevant. Sie geben unter anderem Hinweise darauf, wie Rechtspopulisten und Rechtsextremisten ihre eigenen engen Grenzen definieren, mit Angstpolitik Ausgrenzung propagieren und damit wiederum die demokratische Unterstützung und den Zusammenhalt gefährden. Gleichzeitig beleuchten die Beiträge differenzierte Sichtweisen auf Inklusion und Exklusion, die für den öffentlichen Diskurs in einer funktionierenden Demokratie wichtig sind. Schließlich arbeiten sie heraus, dass viele Phänomene, die heute als krisenhaft empfunden werden, erstens eine lange Vorgeschichte haben und damit zweitens viel tiefer gesellschaftlich

verankert sind, als es die politischen und medialen Diskurse bisweilen vermuten lassen.

Rechtsextreme und rassistische Einstellungen im Kontext von Radikalisierung und Co-Radikalisierung am Beispiel Österreichs

Alexander Yendell

Abstract

In Österreich hat die rechtspopulistische und in Teilen rechtsextreme Partei FPÖ seit Anfang der 1990er Jahre trotz zahlreicher Skandale beachtliche Erfolge. Gleichzeitig ist das Ausmaß an autoritären, ausländerfeindlichen und insbesondere islamfeindlichen Einstellungen in der österreichischen Bevölkerung sehr hoch. Nicht nur die FPÖ macht mit den Ängsten und Vorurteilen der Bevölkerung Politik. Auch die ÖVP stellt in ihrem Kampf gegen den »politischen Islam« Muslim:innen unter Generalverdacht und trägt zu einer islamfeindlichen Stimmung in Österreich bei. Die Lage hat sich nach dem Terroranschlag von Wien im November 2020 und den anschließenden Razzien bei angeblichen islamistischen Unterstützer:innen im Zuge der Operation Luxor verschärft. Äußerst problematisch ist zudem, dass es in Österreich keine breite Rechtsextremismus- und Rassismusforschung gibt und die Diskussion über die nationalsozialistische Vergangenheit in weiten Teilen der Bevölkerung tabuisiert ist. Vor diesem Hintergrund beschäftige ich mich im vorliegenden Beitrag mit dem Ausmaß an rechtsextremen, islamfeindlichen und rassistischen Einstellungen in der österreichischen Bevölkerung und gehe zudem der Frage nach, welche Ursachen diesen Einstellungen zugrunde liegen. Dabei diskutiere ich anhand einer Bevölkerungsumfrage aus dem Jahr 2021 das Erklärungspotenzial zahlreicher Theorien aus der sozialpsychologischen Rechtsextremismus- und sowie im Speziellen Dynamiken der Radikalisierung und Co-Radikalisierung im Kontext von Rechtsextremismus/-populismus und dem Terroranschlag von Wien im November 2020.

Keywords: Österreich; Rechtsextremismus; Rassismus; Islamfeindlichkeit; Radikalisierung

Anders als in Deutschland stellt in Österreich Rechtsextremismus keine verfassungsfeindliche oder strafrechtlich relevante Position dar. Ebenso ist der vorherrschende Umgang mit der nationalsozialistischen Vergangenheit anders als in Deutschland. Kritisiert wird, dass Österreich sich selbst als Opfer des Nationalsozialismus inszeniert, dabei aber verleugnet, dass antisemitische und demokratiefeindliche Positionen vor dem »Anschluss« an das nationalsozialistische Deutschland weit verbreitet waren (Emmerich 2017, Enderle-Burcel/Reiter-Zatloukal 2018). Der Opfermythos in Österreichs Erinnerungskultur und die damit zusammenhängende mangelhafte Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus führten dazu, dass das Eingestehen der Mitschuld an den Verbrechen des Nationalsozialismus weitestgehend verhindert wurden. Auch deshalb war es nach dem Zweiten Weltkrieg möglich, dass Rechtspopulisten und Rechtsextreme eine bedeutende Rolle in der österreichischen Politik spielten. Einflussreich ist insbesondere die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ), die sich bereits zehn Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg gründete, deren sonstigen Mitglieder häufig eine nationalsozialistische Vergangenheit hatten und deren erster Parteichef SS-General gewesen war. Die FPÖ wird von zahlreichen Wissenschaftler:innen nicht nur als rechtspopulistisch, sondern als rechtsextrem eingestuft (Strobl 2021; Salzborn 2017; Stöss 2010; Jäger 2004; Bergsdorf 2000). Sie fällt wegen ihrer Volksgemeinschaftsideologie, ihres Ethnozentrismus, ihres Rassismus und ihrer xenophobischen und anti-demokratischen Ausrichtung auf. Wie für viele rechtsextreme Parteien sind vor allem der Islam und die Muslim:innen bzw. die angebliche kulturelle Unterwanderung zentral für die aktuelle Politik des Ausgrenzens und des Hasses. Die anti-islamische Rhetorik spielte für die FPÖ seit Ende der 1990er Jahre eine immer wichtigere Rolle, beeinflusste allerdings auch andere politische Parteien und den öffentlichen Diskurs (Hafez u. a. 2022). Im Speziellen konzentriert sich der anti-islamische Diskurs auf die Gefahr des »politischen Islams«. Bislang war die FPÖ seit 1983 viermal in einer Regierung vertreten. Im Jahr 2019 beendete die sogenannte Ibiza-Affäre die letzte Beteiligung der FPÖ an einer Regierung.

Sichtbar war der Rechtsextremismus in Österreich auch während der COVID-19-Pandemie. Bei wiederholten Demonstrationen betrieben Corona-Leugner antidemokratische Hetze und nutzten die Demonstrationen zur Mobilisierung und Rekrutierung. In diesem Kontext kam erschwerend hinzu, dass am 2. November 2020 ein Attentäter einen islamistischen Anschlag verübte, bei dem vier Menschen getötet und 23 teils erheblich verletzt wurden. Nur eine Woche später wurde im Auftrag des österreichischen Innenministeriums eine politische Großrazzia gegen angebliche Netzwerke von Muslimbrüdern und Mitgliedern der Hamas durchgeführt. Deren Ziel wurde bislang verfehlt, da die Razzien zum Teil rechtswidrig waren und es bislang weder Anklagen noch Verurteilungen gab. Mit Blick auf den gesellschaftlichen Zusammenhalt sind sowohl der islamistische

Terrorismus als auch die Reaktionen insbesondere der Rechtspopulist:innen und -extremen relevant, da solche Konflikte zu Co-Radikalisierungen führen können, die Konflikte verschärfen. Gemeint ist damit, dass eine radikale Gruppe jeweils auf die verfeindete Gruppe radikal reagiert und sich somit eine Spirale der Gewalt entwickeln kann.

Vor dem Hintergrund des österreichischen Umgangs mit dem Nationalsozialismus ist es wenig verwunderlich, dass die Rechtsextremismus-, Vorurteils- und Rassismusforschung in Österreich eher in den Kinderschuhen steckt. Ein regelmäßiges Rechtsextremismus- und Rassismusmonitoring gibt es nicht, allerdings immerhin den Demokratiemonitor, den das SORA Institute for Social Research and Consulting seit 2018 einmal jährlich durchführt (SORA 2022). Dieser konzentriert sich auf Fragen zur Unterstützung der Demokratie in Österreich, beinhaltet allerdings keine Fragen zu rechtsextremen oder rassistischen Einstellungen. Auch aus diesem Grund erscheint es notwendig, sich mit rechtsextremen und rassistischen Einstellungen innerhalb der Bevölkerung Österreichs zu beschäftigen. In den folgenden Abschnitten widme ich mich auf Grundlage einer eigens durchgeführten Bevölkerungsumfrage drei Forschungsfragen: 1. Wie muslimfeindlich, rassistisch und rechtsextrem ist die österreichische Gesellschaft? 2. Welche Indikatoren, die sich aus klassischen sozialpsychologischen Erklärungsansätzen ableiten, stehen in Zusammenhang mit Muslimfeindlichkeit, Rassismus und Rechtsextremismus? 3. Inwiefern sind Muslimfeindlichkeit und Anti-Schwarzen-Rassismus mit negativen Einstellungen zu Demokratie, Gewalt, Radikalisierung und Co-Radikalisierung assoziiert?

1. Theorien zur Erklärung rechtsextremer und rassistischer Einstellungen

Für die Erklärung von Rechtsextremismus und Rassismus liegen zahlreiche Erklärungsansätze im Speziellen aus der sozialpsychologischen Rechtsextremismus- und Vorurteilsforschung vor. Eine Auswahl davon wurde für die Konzeption der vorliegenden Studie verwendet und wird hier kurz vorgestellt.

Eine der bekanntesten Erklärungen ist die Theorie der autoritären Persönlichkeit (Reich 1933; Horkheimer 1936; Adorno u. a. 1950), die auf der Psychoanalyse von Sigmund Freud und insbesondere auf dessen Konzept des »Narzissmus der kleinen Differenzen« (Freud 1930) basiert. Diese Theorie behauptet, dass es einen Zusammenhang zwischen Autoritarismus, antidemokratischen Einstellungen, Vorurteilen und Diskriminierung gibt. Sie diskutiert auch die Rolle von Religion und Religiosität als sowohl unterstützende als auch hemmende Faktoren für faschis-

tische, ethnozentrische und antisemitische Einstellungen. Basierend auf der Psychoanalyse von Freud gehen die Begründer dieser sozialpsychologischen Theorie davon aus, dass unbewusste Konflikte, die in der Kindheit entstanden sind, nicht nur psychische Beschwerden und Krankheiten verursachen, sondern auch mit ethnozentrischen, antisemitischen und faschistischen Einstellungen verbunden sind. Es wird angenommen, dass Menschen, die einer faschistischen Ideologie zugeeignet sind, in ihrer Kindheit Hassgefühle gegenüber Autoritäten, insbesondere ihren eigenen Eltern, entwickelt haben, die sie unter keinen Umständen ausleben konnten. Dieser aufgestaute Hass wird auf andere übertragen, insbesondere auf Ausgegrenzte, als schwächer empfundene Menschen und Fremde (siehe auch Rippl u. a. 2000).

Die autoritäre Persönlichkeit wird durch verschiedene Merkmale gekennzeichnet, wie Machtorientierung, Destruktivität, Zynismus, Sodomasochismus, Aggression gegen Schwächere, Wunsch nach Bestrafung, intellektuelle Feindseligkeit und die Einteilung der Welt in Gut und Böse. Adorno beschrieb die autoritäre Persönlichkeit als »ich-schwach«. Sie hat ein schwaches Selbstwertgefühl und die Suche nach einem Sündenbock, die in der Psychoanalyse auch als Projektion bekannt ist, ist ein häufiger und unausgereifter Mechanismus zur Stabilisierung des Selbstwertgefühls. Autoritarismus-Forscher:innen kommen zu dem Schluss, dass es einen engen Zusammenhang zwischen autoritärer Charakterstruktur, faschistischer Ideologie und Antisemitismus gibt. Sie sehen die Wurzeln in dem Erziehungsideal der Weimarer Zeit, das durch Strafen, auch physischer Art, und eine emotional distanzierte, dominierende Vaterfigur gekennzeichnet war. Das Individuum rebelliert also nicht gegen seine Eltern, weil dies unmöglich sei, sondern gegen andere, insbesondere Fremde und solche, die als schwach gelten (Rippl u. a. 2000). Gleichzeitig neigt die autoritäre Persönlichkeit dazu, sich mit einem Diktator zu identifizieren und sich ihm zu unterwerfen, um an seiner Stärke teilzuhaben.

Ein weiteres Konzept mit einer Nähe zum Autoritarismus ist das der »Verschwörungsmentalität«. Imhoff und Decker (2013) nutzen dieses, um Vorurteile und rechtsextreme Einstellungen zu erklären. Gemäß Decker u. a. (2020) ist die Verschwörungsmentalität Teil eines *autoritären Syndroms* und wird der Autoritarismusdimension »Projektivität« zugeordnet. Diese Mentalität basiert auf der Annahme, dass politische Entscheidungen von rational handelnden Personen im Hintergrund getroffen werden, welche eine Verschwörung gegen bestimmte Gruppen oder Individuen ausüben. Laut Decker u. a. ermöglicht die Verschwörungsmentalität, autoritäre Aggressionen gegenüber diesen Gruppen und Individuen zu äußern, da diese als einfach identifizierbar und anvisierbar gelten. Dies führt dazu, dass sich die Beteiligten nicht mit der Komplexität gesellschaftlicher Probleme auseinandersetzen müssen. Interessanterweise geht es im Rahmen der

Verschwörungsmentalität nicht mehr darum, das geschwächte Ich zu stärken, sondern um die Neugestaltung der Welt. Die Welt soll den eigenen Wünschen und Bedürfnissen angepasst werden, was laut Decker u. a. dem Realitätsprinzip widerspricht. Dies stellt eine demokratiegefährdende Haltung dar, die potenziell gefährlicher ist als die klassische autoritäre Persönlichkeit, die die Begrenztheit der Regeln und die Notwendigkeit, Autoritäten zu respektieren, betont. Die Verschwörungsmentalität wird in Zusammenhang mit Unzufriedenheit und Ablehnung der Demokratie, Rechtsextremismus, Antisemitismus, Muslim:innenfeindlichkeit und der Wahl der AfD gebracht. Darüber hinaus besteht ein Zusammenhang zwischen der Verschwörungsmentalität und religiösem Fundamentalismus, welcher wiederum strukturelle Parallelen zum Autoritarismus hat, insofern, als die strenge Einhaltung und Sanktionierung religiöser Gebote sowie der Glaube an einen strafenden Gott von zentraler Bedeutung sind.

Ein häufig verwendetes Konzept in der Rechtsextremismus- und Vorurteilsforschung ist die Soziale Dominanzorientierung (engl.: Social Dominance Orientation, SDO). Sie misst die individuelle Akzeptanz von gruppenbasierten Hierarchien und den damit einhergehenden Ungleichheiten (Pratto u. a. 1994; Sidanius/Pratto 2001). SDO drückt eine allgemeine Differenzorientierung aus, die die Bedeutung von nicht-egalitären und hierarchisch strukturierten Beziehungen zwischen sozialen Gruppen betont. Sie bezieht sich auf die allgemeine Unterstützung der Vorherrschaft bestimmter sozial konstruierter Gruppen gegenüber anderen, unabhängig von der Art und Weise, wie diese Gruppen definiert sind. Unterschiede zwischen Individuen liegen im Ausmaß ihrer Wünsche nach gruppenbasierter Ungleichheit und Dominanz, die aus einer beliebigen Anzahl von Gründen resultieren können (Sidanius/Pratto 1999: 61). Die Theorie der sozialen Dominanz (Sidanius/Pratto 1999) stellt eine Mehrebenentheorie dar, die sich auf die Aufrechterhaltung und Stabilität gruppenbasierter sozialer Hierarchien konzentriert. Diese Hierarchien verleihen dominanten Gruppen Privilegien und sind in fast allen stabilen Gesellschaften vorhanden. Hierarchien bestehen aus drei Systemen: Alter (z. B. sind Ältere privilegierter als Jüngere), Geschlecht (Männer haben in der Regel mehr Macht als Frauen) und ein willkürliches System (kulturell definierte gruppenbasierte Hierarchien). Die SDO hat sich als ein wichtiger Prädiktor für verschiedene Arten von Vorurteilen und politischen Einstellungen erwiesen (zum Beispiel Newman u. a. 2014; Dru 2007; Cohrs/Asbrock 2009; Uenal 2016 zur Islamophobie).

Ein weiteres wichtiges Erklärungskonzept ist die *Deprivationsthese*, die von einem Zusammenhang zwischen sozialer Benachteiligung und fremdenfeindlichen Einstellungen ausgeht (Stouffer 1963; Rippl/Baier 2005; McCutcheon 2000). Im Kampf um knappe ökonomische Ressourcen könnten Mitglieder der Mehrheitsgesellschaft vor allem in Zeiten wirtschaftlicher Knappheit und Rezession besonders dazu neigen, einer anderen konkurrierenden Gruppe mit Vorurteilen,

ja sogar Gewalt, zu begegnen, weil diese als Ursache für die eigene Benachteiligung ausgemacht wird. Deprivationstheorien unterscheiden üblicherweise zwischen objektiver und subjektiver sowie absoluter und relativer Deprivation. Mit objektiver Deprivation ist eine tatsächliche und messbare soziale Benachteiligung eines Individuums wie beispielsweise Arbeitslosigkeit, niedriges Einkommen oder niedrige soziale Schicht gemeint. Mit subjektiver Deprivation ist die subjektive Einschätzung der Benachteiligung gemeint. Absolute Deprivation meint die Benachteiligung in Bezug auf einen allgemeinen Richtwert, relative Deprivation meint die Benachteiligung im Vergleich zu anderen relativen Standards, z. B. sozialen Gruppen. Dabei handelt es sich also um die subjektive Einschätzung, gesellschaftlich benachteiligt zu sein, ohne dass eine tatsächliche Benachteiligung vorausgesetzt ist (Rippl/Baier 2005). Rippl und Baier machen in diesem Zusammenhang noch eine weitere wichtige Unterscheidung zwischen individueller Deprivation, dem Gefühl der eigenen Benachteiligung und der kollektiven Deprivation, dem Gefühl der Benachteiligung der eigenen sozialen Gruppe (ebd.). Es sei zu erwarten, dass insbesondere kollektive Deprivation entscheidend die Heranbildung fremdenfeindlicher Einstellungen beeinflusst. Viele Forschungsergebnisse bestätigen die Deprivationsthese (zum Beispiel Edinger/Hallermann 2001; Becker 2007; Winkler 2003; Yendell 2014; Reiser u. a. 2023).

Eine These, die das klassische Deprivationskonzept erweitert, ist die These der *Modernisierungsverlierer*. Die These geht davon aus, dass die Globalisierung in europäischen Ländern eine wachsende soziale Gruppe von Menschen hervorbringt, die als »Modernisierungsverlierer« bezeichnet werden (Spier 2010; Lengfeld 2017; Rippl/Seipel 2018; Nauenburg 2005; Götz 1997). Dieser Begriff beschreibt Menschen, die aufgrund der weltweiten Globalisierungsdynamiken insbesondere in Zeiten eines verschärften Wettbewerbs, in denen Industrieländer ihre Industrien in Länder mit niedrigeren Löhnen verlagern, international nicht konkurrenzfähig sind. Als Reaktion darauf kommt es zu einer Rückbesinnung auf den Nationalstaat, die oft mit einer ablehnenden Haltung gegenüber Migrationsbewegungen als Manifestation der Globalisierung einhergeht (Nauenburg 2005). In diesem Kontext werden die Erfolge rechtspopulistischer Parteien als Reaktion auf die allgemeine Globalisierungsentwicklung interpretiert. Der Konflikt verschärft sich, weil die abgehängten Modernisierungsverlierer keinen Zugang zur höheren internationalen Elite haben, die für wichtige supranationale Entscheidungen verantwortlich ist (Krisi 2001). In einem solchen Szenario spaltet sich die Gesellschaft in Eliten, die Zugang zu Entscheidungen haben und zu den Gewinnern zählen, und in die Gruppe derer, die nicht mithalten können und zu den Verlierern zählen. Rechtspopulistische Parteien haben diesen Trend erkannt und bieten ein nationalistisches Angebot an, das als Alternative zur Globalisierung präsentiert wird. Es wird vor allem im medialen Diskurs oft behauptet, dass insbesondere

sozial und wirtschaftlich Benachteiligte rechtspopulistische Parteien wählen. Daraus erwächst die politische Forderung nach Verbesserung der sozialen Lage und Abbau sozialer Ungleichheit, obwohl die These, dass die ökonomische Benachteiligung einen Einfluss auf die Wahl rechtspopulistischer Parteien hat, umstritten ist.

Eine weitere These ist eher banal, was aber nicht bedeutet, dass sie eine geringe Erklärungskraft hat. Gemäß der Kontakthypothese (Allport 1971) kann der persönliche Kontakt eines Individuums mit Mitgliedern einer Out-Group Vorurteile abbauen, die wiederum Grundlage für rechtsextreme Vorurteile und Ungleichwertigkeitsvorstellungen sind. Jedoch führt nicht jeder Kontakt automatisch zu einem Abbau von Vorurteilen (Allport/Ross 1967). Das Ausmaß der Stereotypisierung hängt von der Art der Beziehung (Kollegenschaft, Bekanntschaft, Freundschaft, Verwandtschaft) und der Qualität des Kontakts ab. Unter bestimmten Bedingungen wie gleichem Status, kooperativer Tätigkeit, Stetigkeit und persönlichem Kennenlernen können Kontakte die interpersonellen Einstellungen zwischen In- und Out-Group verbessern (Pettigrew 1998). Eine eindeutige Kausalrichtung in Bezug auf die Kontakthypothese zu finden, gestaltet sich als schwierig. Es ist davon auszugehen, dass nicht nur Kontakte Vorurteile abbauen können, sondern dass vorurteilsfreie und tolerante Personen verstärkt dazu neigen, Kontakte mit Fremden zu suchen. Eine Metaanalyse von Pettigrew und Tropp (2006: 757 f.) zeigte, dass die durchschnittliche Effektstärke zwischen Kontakten zu Fremden und dem Fehlen von Vorurteilen größer ist in Studien, in denen die Befragten keine Wahlmöglichkeiten bezüglich ihrer Kontakte hatten, als in Studien, in denen sie selbst entscheiden konnten, ob sie Kontakte zur Out-Group aufnehmen oder nicht. Die Ergebnisse zeigen, dass Kontakte unabhängig von den durch bestehende Vorurteile gegebenen Handlungspräferenzen einen vorurteilsabbauenden Effekt haben. Die Kontakthypothese ist ein wichtiger Erklärungsansatz und zahlreiche Studien belegen, dass Kontakte zu Mitgliedern anderer Religionsgemeinschaften Vorurteile abbauen können (Pickel/Öztürk 2018; Pollack u. a. 2014). Sie kann auch erklären, warum in Regionen mit geringer Präsenz von Muslim:innen, wie beispielsweise im Osten Deutschlands, die Ablehnung des Islam und der Muslim:innen besonders hoch ist (Yendell 2014).

2. Daten und Methode

Zur Beantwortung der Forschungsfrage analysiere ich die Daten der Studie »Rechtsextremismus und Rassismus in Österreich« (Reraut 2021). Es handelt sich dabei um eine stichprobengesteuerte Online-Befragung von 1.040 Befragten aus dem Access-Panel von Respondi. Bei der Stichprobensteuerung wurde auf Grund-